Die Währungsfrage in der Wirtschaftskrise

Von *E. Schär*, Zürich

Geld und Kredit sind verbundene Gebilde: krankt das eine, so ist auch die Gesundheit des anderen gefährdet. Wenn wir das Wirken dieser Tatsache am heutigen Währungszerfall ermessen, so gelangen wir zu folgenden Feststellungen: Aus Gründen, die wir in einer früheren Betrachtung ¹⁾ zu erkennen suchten, trug das Geldwesen der Gegenwart Krankheitskeime in sich. Sie wurden wirksam, als die Kreditwirtschaft durch eine rückläufige Konjunkturbewegung und durch politische Misstände in die schlimme Enge der jüngsten Zeit geriet.

Der Wirtschaftsaufschwung lebt allemal vom Borgen. Überaus schwierig ist es, diesem Borgen Schranken zu ziehen, und gar zu leicht erliegen Geld- und Kapitalmarkt in Zeiten wirtschaftlichen Aufstiegs der Versuchung, die Kreditverflechtung ins Ungemessene ansteigen zu lassen. Gewiss ist der Zustand nicht ohne Bedenken, der darin besteht, dass fast aller aus wirtschaftlichem Erfolg entstehende Geldwert der Wirtschaft sogleich wieder in der Form von Krediten zugeführt wird. Die Möglichkeit sollte vorhanden sein und als Grundsatz gelten, dass aus Kreditbenützung entstandener Gewinn zu einem Teil in Dauerwerten angelegt werden kann. Dieser Auffassung läuft der Gebrauch in der Gegenwart stracks zuwider. Wenn ein Unternehmer Erfolg hat — die Kreditwirtschaft hatte ihn ihm erschlossen — so trägt er seine Schuld nicht ab, wandelt sein Besitztum nicht in einen schuldenfreien Dauerwert um, sondern fügt den alten Schulden neue hinzu durch Aktien- oder Obligationenausgabe und neue Kreditverpflichtungen. Andere erfolgreiche Unternehmer benützen das Gewonnene zu ungesundem Wertpapierankauf oder Börsenspiel. Es ist klar, dass bei solchem Gebaren in Zeiten wirtschaftlichen Rückgangs der ganze Gewinn wieder in Frage gestellt ist.

Glücklicherweise übt auch hier die Natur ihre ausgleichende Tätigkeit: die Krise der Gegenwart wird die Kreditverflechtung — zwar unter schweren Opfern — lösen, und ist dieser Vorgang einmal am Ziel, so wird das Borgen für einige Zeit eine sehr bedachte Sache werden. Der Wirtschaftsfortschritt wird eine starke Verlangsamung erfahren; wer sich am ehesten darauf einstellt, wird am wenigsten Schaden nehmen. Diese Erscheinung wird von neuen Erkenntnissen im Kreditwesen begleitet sein, die schon jetzt mit Nutzen vorausbedacht werden sollten. Als einen Gedanken in dieser Richtung haben wir bereits früher die Schrankenlegung in der Marktgängigkeit vieler Güter geäußert.

¹⁾ Schweiz. Handelszeitung, Nr. 47, vom 26. November 1931.

Mit diesen Erwägungen wollten wir die Verbundenheit der Kreditwirtschaft mit dem Geldwesen — das uns hier beschäftigen wird — festhalten; es geht nicht an, vom einen zu sprechen, ohne auch des andern zu gedenken.

Auch in der Währungsfrage werden wir nicht einfach wieder den Zustand anstreben dürfen, dessen Schäden sich jetzt auswirken. Die Lehren zu bedenken und die Nutzenanwendung zu überlegen, ist schon jetzt an der Zeit, handelt es sich doch hier um Fragen schwierigster und folgenschwerster Art.

Die Menschheit hat immer den Drang, mangelhafte Einrichtungen des öffentlichen Lebens von Grund auf zu ändern; das Ergebnis ist jedoch meist eine verhältnismässig schwache Verschiebung, oft ein blosser Standortwechsel mit neuem Blickfeld. Letzten Endes knüpft das Neue doch wieder an das Alte an, wenn auch oft erst nach langen Umwegen über holprige Bahnen. Es ist daher wohl besser, wir versuchen es nicht erst mit Freigeld, gleitender Währung und was andere problematische Dinge solcher Art sein mögen, sondern trachten von Anbeginn darnach, an die bestehenden Zustände anzuknüpfen.

Das Kennzeichen unserer Zeit im Geldwesen ist die Gold- (mit Golddevisen gepaarte) Währung. Die Golddevisen sind in dieser Anwendung ein neues Gebilde; sie entstanden aus einem Bedürfnis der neuzeitigen Verhältnisse in der Nachkriegszeit. Man kann also nicht sagen, dass die Golddevisen ein vorbedachtes Behelfsmittel sind; ihr Entstehen darf eher als die Frucht einer Entwicklung im Währungswesen gelten. Ein solcher Werdegang hat etwas naturgewolltes an sich, was jedenfalls eine gute Eigenschaft genannt werden darf. Die Golddevisen sind eine Ergänzung des Goldes als Geldmetall, eine der neuen Zeit angepasste, natürliche Ergänzung. Das Gold behält seinen bestimmenden, grundlegenden Währungscharakter bei, und die Golddevisen sind seine besondere Ausdrucksform auf einem gewissen Gebiet, nämlich im internationalen Verkehr; sie sind das internationale, im Gold verankerte Bankgeld.

Wieso dürfen wir die Golddeviseneinrichtung als grundsätzlich berechtigt, richtig und angepasst beurteilen, eben jetzt, da sie so arg enttäuschte und alle Notenbanken bestrebt sind, ihren Besitz an Devisen in Goldmetall umzutauschen? Wir vertreten diese Ansicht, weil uns ein Durchdenken der jüngsten Vorgänge gar nicht zum Ablehnen dieses Geldmittels als solches führen kann, wohl aber zum Aufdecken eines Mangels in seinem Aufbau. Dieser Gedanke bedarf der Beweisführung: Das Gold ist in den letzten Jahren als Zahlungsmittel im internationalen Verkehr gegen die Golddevisen stark zurückgetreten. Die Devisen wurden unbedenklich an Goldesstatt angenommen, und es galt nicht als gutes Anzeichen, wenn sich ein Staat genötigt sah, seinen internationalen Verpflichtungen durch Goldabgaben zu genügen. Der grundsätzliche Unterschied zwischen Gold und Golddevisen fiel praktisch gar nicht auf, weshalb der angenehme und billige Gebrauch der Golddevisen immer üblicher werden konnte. Diese Benützung erstreckte sich jedoch ganz einseitig auf wenige Währungen, weshalb in diesen Devisen eine gewaltige Menge von Bankgeld entstand, das in keinem Verhältnis mehr zur Golddeckung jener Länder war. Es entstand somit eine ganz einseitige Belastung von einem Ausmass, die in Wirklichkeit jene Devisen ihres «Gold»-Charakters beraubte; merkwürdigerweise focht das niemanden an bis

zu dem Augenblick, da die Probe auf das Exempel gemacht wurde, eine Probe, die den Unterschied zwischen Gold und Golddevisen wieder ins Licht rückte. Während das Gold einen überall anerkannten, bestimmten Wert darstellt, tut dies die Golddevisen nur bedingt, nämlich nur so lange, als ihre Gold-eigenschaft nicht angezweifelt zu werden braucht. Verliert sie diese Gewähr, so muss sie das Schicksal erleiden, das jedes papierene Geld ereilt, das nicht auf besondere Weise geschützt ist. Alle Staaten verleihen den Banknoten die Wertbeständigkeit als Inlandgeld dadurch, dass sie ihnen gesetzliche Zahlkraft geben. Die Golddevisen sind ein Weltgeld; ihre Wertbeständigkeit muss also international verbürgt sein, sonst werden sie stets wieder enttäuschen, wenn man ihnen nach den Ereignissen der letzten Zeit überhaupt noch Raum geben will.

Kann man sie überhaupt noch entbehren? Wir gelangen tatsächlich zu der grundsätzlichen Feststellung: entweder die Welt kann der Golddevisen ent-raten und sich mit der Goldwährung behelfen, wie sie vor dem Krieg gebräuchlich war, oder sie braucht die Golddevisen; dann muss sie deren Wertbeständigkeit sicherstellen. Wir sind der Ansicht, das Rad der Zeit lasse sich nicht zurückdrehen, der Versuch einer Rückkehr zum Vorkriegszustand würde an den Notwendigkeiten der heutigen, international gesteigerten Wirtschaftsführung scheitern; mithin müssen wir uns mit der zweiten Möglichkeit beschäftigen.

Es lässt sich der Ausweg denken, dass alle Verpflichtungen von und nach auswärts mit der Goldkläusel versehen werden müssen. Versuche in dieser Richtung sind bereits gemacht worden, jedoch war der Erfolg nicht sehr ermutigend. Eine andere prüfenswerte Lösung ist die Überwährung, ein mit dem Golde organisch verbundenes, internationales Geld. Wenn ein Wirtschaftsunternehmen einen sehr grossen Umfang angenommen hat, weitverzweigte Interessen vereinigt, so pflegt es eine Dachgesellschaft zu gründen. Diese hat grundsätzlich kein Eigenleben; ihr Zweck ist der einer obersten Verwaltungsbehörde. Diese Absicht kann bis zu einem gewissen Grade als Grundgedanke für ein internationales Geld dienen.

Es ist schwer, sich vom Wesen und Wirken einer solchen Überwährung ein Bild zu machen, obschon der Gedanke an sich von einfacher Logik ist. Wenn wir hier den Versuch machen, den Fragenknäuel zu entwirren, so wissen wir von Anbeginn, dass wir manchen Faden nicht glattstreichen, manches Verhältnis ausser Acht lassen werden; eine lang dauernde, durchgreifende Abklärung ist selbstverständliches Gebot. Vorerst kann es sich nur darum handeln, den Gedanken auf seine grundsätzliche Anwendbarkeit zu prüfen.

Um Missverständnissen aus dem Weg zu gehen, müssen wir zu Beginn erwähnen, dass es nicht unsere Absicht ist, den Gedanken eines Weltmünzbundes wieder aufzugreifen, so wie er um die Mitte des letzten Jahrhunderts verstanden wurde und zu der Münzkonferenz von 1867, anlässlich der Pariser Weltausstellung, führte. Diese Bestrebungen, deren Hauptträger die französische Regierung des II. Kaiserreiches war, zielten eigentlich bloss auf eine äussere Angleichung der Währungen aller Länder ab; alles Geld sollte auf der gleichen Grundlage aufgebaut, mit gleichem Edelmetallgehalt versehen werden. Daraus hätte nur eine äusserliche Verwandtschaft entstehen können, ohne Gewähr für die Wert

beständigkeit, während mit der Überwährung die wohl viel wichtigere innere Angleichung, die Wertbeständigkeit aller internationalen Verbindlichkeiten, angestrebt wird.

Als Gestalt der Überwährung müsste zu diesem Zweck eine auf dem Golde fussende Rechnungswährung mit internationalem Geltungsbereich in Aussicht genommen werden; Geldzeichen dürften sich durchaus erübrigen. Die Aufgabe wäre die eines Wertennenners für alle internationalen Verbindlichkeiten, die grundsätzlich entweder in Gold oder dann in der Überwährung zahlbar sein müssten. Somit würde dieses Geld den Aufgabenkreis übernehmen, der in den letzten Jahren den Golddevisen im stillschweigenden Einverständnis aller zufiel. Der Unterschied wäre nun der, dass die Überwährung allerorts rechtlich anerkannte Zahlkraft haben müsste, solange das Gold die gleiche Eigenschaft hat. Sie wäre also eine verbürgte Golddevisen.

Die Überwährung müsste von einer zentralen Stelle, einem internationalen Geldamte, verwaltet und überwacht werden. Dieses Institut müsste über ein Eigenkapital verfügen, doch ist nicht einzusehen, warum dazu ein sehr grosser Betrag nötig sein sollte. Indessen müsste jeder Staat einen Anteil am Grundkapital einzahlen und anteilig für die Verbindlichkeiten des Instituts haften. Im übrigen scheint es nicht unerlässlich, dass von Anfang an der Beitritt aller Länder zu einem solchen Abkommen nötig wäre.

Nehmen wir an, das Institut sei unter Teilnahme einer Anzahl wichtiger Handelsstaaten mit einem Grundkapital im Wert von 100 Millionen Goldfranken gegründet worden. Die Staaten mit stabilisierten Währungen bringen ihr Geld in ein festes Wertverhältnis zum internationalen Gelde, was keine schwierige Massnahme wäre, da es sich ja nur um eine rechnerische Angliederung über den Goldwert handelt. Länder mit schwankender Währung bringen ihr Geld früher oder später in ein festes Verhältnis zum Gold und zur internationalen Währung. Die Notenbank jedes Landes gliedert sich eine Abteilung an, die als Geschäftsstelle des internationalen Geldamtes wirkt.

Von nun ab besteht die Möglichkeit, alle Geldversprechen mit dem Ausland in der Überwährung zu vereinbaren. Nehmen wir beispielsweise folgenden Geschäftsfall an: Eine schweizerische Uhrenfabrik schliesst einen Verkauf nach Spanien ab. Der Preis wird in internationalem Geld vereinbart und ein Dreimonatsakzept, zahlbar in Madrid, dafür ausgestellt. Dem Fabrikanten wird der Abschnitt von einer Schweizer Bank diskontiert, die ihm den Wert in Schweizerfranken auszahlt. Bei Fälligkeit zahlt der spanische Schuldner dem vorweisenden Korrespondenten der schweizerischen Bank das Akzept in Peseten, wobei er denjenigen Pesetenbetrag erlegen muss, der dem in internationalem Geld angegebenen Wert des Wechsels entspricht. Die spanische Bank schreibt der schweizerischen den Wechselbetrag auf einem Konto «internationales Geld» gut. Ruft diese ihr Guthaben ab, so deckt die spanische Bank entweder ab einem Kontoguthaben in internationalem Geld, das sie in der Schweiz hat, oder mit einer Überweisung durch die Madrider Geschäftsstelle des internationalen Geldamtes, die von dieser über die schweizerische Geschäftsstelle veranlasst wird.

Ist also der Geldverkehr im Warengeschäft ganz ähnlich demjenigen, der jetzt entsteht, wenn ein Abschluss die Preisbestimmung in einer Golddevisen enthält, so kann die gleiche Behandlung für die anderen Posten unserer Zahlungsbilanz unschwer Platz greifen. Zum Beispiel: Die Schweiz hat grosse Einnahmen aus dem Transportwesen, muss aber auch Transportkosten ans Ausland entrichten. Diese Ansprüche gegenseitig in der Überwährung zu vereinbaren und die Überschüsse im gleichen Gelde zu entrichten, ist gewiss leicht möglich. Dagegen mit den Einnahmen an fremden Geldern aus dem Fremdenverkehr: Für deren Rücksendung in die Ursprungsländer würden sich schweizerische Banken inskünftig Deckung in internationalem Gelde geben lassen usw.

Der Abwicklung des gesamten Aussenhandelsverkehrs in der Überwährung scheinen keine unüberwindlichen Schwierigkeiten entgegenzustehen.

Wenden wir uns den Verhältnissen im internationalen Kreditverkehr zu. Bisher war es üblich, Anleihen ausser Landes oder kurzfristige Vorschüsse in irgendeiner Währung, die man als gesund erachtete, abzuschliessen. Das Kreditgeschäft zwischen Deutschland und der Schweiz, beispielsweise, fusste zu einem grossen Teil auf dem Dollar und dem Pfund. Durch die Pfundentwertung sind nun die Bürger um einen Teil des ausgeliehenen Kapitals geprellt worden. Umgekehrt sind heute die Engländer, soweit sie Dollarverpflichtungen eingingen, in der Masse höher verschuldet, als ihr Geld an Wert dem Dollar gegenüber einbüsste. Solche Einbussen zu vermeiden, könnten künftig alle Kreditverpflichtungen in der Überwährung vereinbart werden. Soweit es sich dabei um Anleihen öffentlicher Gebilde handelte, wäre es grundsätzlich nötig, sie auf besondere Art sicherzustellen. Ist es einmal international gültiger Grundsatz geworden, dass Anleihen in der Überwährung mit einem Pfandrecht ausgestattet werden müssen, so wird auch kein Staat mehr Anlass finden, sich an einem solchen Anspruch der Gläubiger zu stossen.

Bis hieher betrachteten wir die Frage vom internationalen Geld lediglich vom Standpunkt der reinen Sicherung gegen Währungsverluste aus. Diese Betrachtungsweise leitet uns indessen zu der anderen Notwendigkeit hinüber: zu der Sicherheit im internationalen Kreditgeschäft. Nur wenn diese Aufgabe auch gelöst wird, kann das internationale Geld Wertbeständigkeit erlangen. Der Niederbruch der Währungen, den wir jetzt erlebt haben, wurde ja unmittelbar durch eine Kreditstockung verschuldet; also sollten Massnahmen getroffen werden können, die einem solchen Vorgang für die Zukunft wehren.

Vor dem Weltkrieg hatten die Notenbanken mit der Diskontpolitik ein gutes Mittel bei der Hand, um die Kapitalbewegungen zu beeinflussen. Wie wenig die Absicht einer solchen Einflussnahme in der neuesten Zeit gelungen ist, erlebten wir augenfällig: Diskontsatzserhöhungen als Mittel gegen die Kapitalabwanderung und zur Kursstützung sind geradezu anrühlich geworden. Dem kann man entgegenhalten, dass diese Tatsache nur eine Folge mangelnden Vertrauens ist. Gewiss, aber wie man leider auch feststellen muss, hat die Diskontpolitik die Probe auf das Vertrauen nirgends bestanden. Übrigens dürfte das Verhängnis nicht allein im Misstrauen zu suchen sein, sondern auch darin, dass die Einrichtungen den geänderten Verhältnissen einer neuen Zeit nicht mehr angepasst sind.

Wir werden uns also damit zu befassen haben, ob es eine Möglichkeit gibt, gemeinsam mit der Einführung eines internationalen Geldes, die Wirkungen der Diskontpolitik zu ergänzen und mehr Sicherheit in das internationale Kreditgebäude zu bringen. Trachten wir, zu untersuchen, ob dieser Zweck nicht erreicht würde, wenn jedes Land für ein Erfassen und Überwachen seiner internationalen Verpflichtungen sorgte, dem internationalen Geldamt zudem die Nachprüfung dieser Tätigkeit obläge. Damit haben wir die Leitung der Zahlungsbilanz jedes Landes durch die Noten- oder Staatsbank im Auge.

Wie lässt sich ein solches Erfassen der Bewegungen im internationalen Geld durchführen? Gewiss bedürfte es dazu einer besonderen Einrichtung, die eine Mehrarbeit bedeutete, doch unmöglich ist diese Aufgabe nicht. Es wird notwendig sein, alle Geschäfte, deren Wert 1000 Einheiten der Überwährung übersteigt, anmeldepflichtig zu erklären. Alles Guthaben in internationalem Geld, entstehend aus Warenausfuhr, Leistungen, Wertsendungen, Anleihensgewährungen, kurzfristigen Vorschüssen, Prämiegeldern, Zinseinnahmen usw., wird bei der Landesgeschäftsstelle des internationalen Geldamtes angemeldet. Umgekehrt unterliegen dieser Anmeldepflicht alle Verbindlichkeiten, die dem Auslande gegenüber in internationalem Geld eingegangen werden. Die Meldung muss enthalten: Betrag, Schuldnerland, Fälligkeit oder Kündbarkeit. Endgültige Kapitalausfuhr (Anlage in einem Unternehmen im Ausland) ist als solche zu bezeichnen: Gewinn- und Zinseingänge daraus, die ins Land zurückfließen, müssen angezeigt werden. Keine Überweisung in internationalem Geld darf ausgeführt werden, wenn nicht nachgewiesen wird, dass die Anmeldung stattfand.

Durch diese Anordnung vereinigt jede Landesgeschäftsstelle des internationalen Geldamtes die Zahlen für die Zahlungsbilanz ihres Landes und die Gegenüberstellung wird zeigen, ob sich die Geldein- und Ausgänge die Wage halten. Werden dann diese Zahlen in gewissen Zeitabständen veröffentlicht, so bekommt die ganze Welt über die Geldlage jedes Landes fortlaufend Aufschluss. Zugleich wird jeder Staat den richtigen Überblick über seine Bilanz dem Auslande gegenüber haben, kann folglich seinen Zahlungsverkehr ausser Landes vorausschauend lenken.

Wie wird sich eine solche Führung der Geldgeschäfte mit dem Auslande auswirken? Betrachten wir diese Frage zuerst bei den Verhältnissen eines kapitalarmen, also auf die Kapitaleinfuhr angewiesenen Landes, z. B. einem der südamerikanischen Staaten. Bei ihnen ist die Lage so, dass je mehr Kapital sie einführen, desto mehr Zinsen müssen sie ans Ausland entrichten, ferner so, dass viele eingewanderte Arbeitskräfte ihre Ersparnisse in die Heimat zurückfließen lassen. Kapitalbildung, die im Lande bleibt, entsteht also wenig und wo sie entsteht, da wird sie zu neuen Anlagen in der Wirtschaft verwendet. Bares Geld ist daher dort selten. Während es für ihre Entwicklung notwendig wäre, dass diese Staaten eine wachsend günstige Zahlungsbilanz hätten, vermag in Wirklichkeit die Warenausfuhr immer weniger für die steigenden Leistungen ans Ausland zu genügen. Die ohnehin zu knappe Decke schrumpft vollends zusammen, wenn Missernte, Absatzstockung oder Preisfall den einzigen Aktivposten der Zahlungsbilanz entwerten; die Währung wird dadurch zwangsläufig in Mitleidenschaft gezogen.

Die Schulden«tilgung» durch Währungsentwertung, wie sie jetzt zu den periodischen Erscheinungen dieser Länder gehört, wäre aber in Zukunft für Auslandsschulden unwirksam, da wertbeständiges internationales Geld geschuldet würde. Das Bild ändert sich jedoch, wenn fortlaufend, in vorausschauender Weise, die Zahlungsbilanz verfolgt wird. In diesem Fall können die Vorkehren getroffen werden, sowie eine Gefahr für die Währung heraufsteigt; sie brauchen dann nicht mehr nutzlos nachzuhinken, wie beim gegenwärtigen Stand der Dinge.

Welches werden diese Vorkehren sein? Es gibt dafür wohl nur zwei Wege: die Kapitaleinfuhr muss angehalten werden, ausser sie erfolge in der Form einer dauernden Anlage im Landesinnern. Ferner müssen alle jenen Anwohner, die es gewohnt sind, ihren aus dem Lande gezogenen Verdienst in die alte Heimat abzuführen, genötigt werden, dieses Geld im Lande zu belassen; gewiss kein ungerechtes Verlangen. Die andern Vorkehren betreffen den Warenverkehr: Steigerung der Ausfuhr, Minderung der Einfuhr.

Es ist nun ohne weiteres klar, dass eine solche Selbstprüfung und die Befolgung ihrer Lehren hemmend auf die Wirtschaftsentwicklung junger Staaten einwirken müsste, d. h. der Fortschritt wird nur mehr in dem Mass möglich, als das Erreichte sichergestellt ist. Letzten Endes wird indessen diese Stetigkeit doch rascher vorwärts führen, als in der Gegenwart, wo jene Länder von Zeit zu Zeit durch staatliche Falschmünzerei (Geldzeichen- und Kreditinflation) um einen grossen Teil der Früchte ihrer Arbeit gebracht werden. Es liegt in dieser Forderung die einfache Logik, die für jeden pflichtbewussten Geschäftsmann gilt, der auch keine neuen Verpflichtungen eingeht, ehe er die alten sicherstellte und seinen Haushalt einschränkt, wenn der Ertrag schwindet.

Vom Standpunkt der Kapitalausfuhrländer kann ein Befolgen solcher Grundsätze in geldarmen Staaten gewiss nur gutgeheissen werden. Nicht nur für die Sicherheit ihrer Geldanlagen wäre gesorgt, auch ihrer Industrie wäre gedient. Ist denn die Krise der Gegenwart nicht dadurch mitverursacht, dass in jungen Ländern, die dafür noch gar nicht reif sind, mit Hilfe fremden Kapitals Industrien grossgezogen werden, die den Absatz alter Industriestaaten ganz zwecklos untergraben? Damit werden die einen lahmgelegt und die anderen können nicht gedeihen.

Prüfen wir die Anwendung unseres Vorschlages in Ländern mit Kapitalüberschuss. Hier würden staatliche Eingriffe wohl nur ganz ausnahmsweise notwendig werden; eine Beschränkung der Kapitalaus- oder Einfuhr erübrigt sich von selbst. Den Notenbanken wird ein ausgezeichnetes Mittel in die Hand gegeben, um die Kursstabilität der Währung aufrecht zu erhalten. In der Tat treten die Einflüsse auf den Kurs nicht mehr unvermutet hervor, da ja der Geldein- und Ausgang in den Hauptposten weit vorausschauend überblickt wird. Für die Kapitalausfuhr sodann ist die häufige Veröffentlichung genauer Zahlungsbilanzen aller Länder ein wertvoller Fingerzeig.

Eine wichtige Aufgabe fällt bei dieser Geldordnung dem internationalen Geldamt zu, nämlich die, ungenauen oder bewusst unrichtigen Zahlenangaben entgegenzuwirken. Diesen Auftrag kann es lösen, wenn ihm, vielleicht allmonatlich, von jeder Landesgeschäftsstelle die gesammelten Zahlen mitgeteilt werden. Ein

Vergleich der Angaben, die jedes Land dem andern gegenüber macht, wird einer Nachprüfung der Richtigkeit gleichkommen. Selbstredend muss ihm das Recht zugestanden werden, die Ursache von Unstimmigkeiten zu ermitteln. Im weiteren dürfte es dem internationalen Geldamt möglich werden, einem Staat, durch Vermittlung kurzfristigen Geldes, über einen schwierigen Zahlungstermin hinwegzuhelfen.

Der Gebrauch der Überwährung, so wie er hier entwickelt wurde, ist auf den internationalen Verkehr zugeschnitten. Neben diesem Gelde für die Beziehungen mit dem Auslande hätte jedes Land seine eigene, selbständige Inlandwährung, die grundsätzlich für alle Geldversprechen im Landesinnern allein zulässig wäre. Es kann nicht in den Aufgabenkreis eines internationalen Abkommens fallen, nationale Währungen ebenfalls gegen die Geldwertgefahren zu schützen; dafür muss jedes Land, wie bisher, selbst sorgen. Ganz von selbst ergäbe es sich aber, dass jeder Staat für die Gesundheit seines Inlandgeldes aufs äusserste besorgt sein müsste, denn ein Wertschwund könnte seine internationalen Verbindlichkeiten nicht mehr berühren und der Verlust müsste daher mit der ganzen Wucht ausschliesslich auf das Volksvermögen zurückfallen.

Für die private Kapitalanlage wären die Verhältnisse so, dass die Anwohner für Guthaben im Inland ausschliesslich auf Inlandgeld Anspruch hätten. Dagegen ist es unerlässlich, dem ausländischen Geldgeber die Möglichkeit zu wahren, sein Guthaben in internationalem Geld zurückzufordern. Indessen würde es dem Ausländer freistehen, sein Kapital dauernd in der Landeswährung anzulegen, in welchem Fall dieses Geld von allfälligen Wertschwüngen der Inlandwährung betroffen würde. Folglich müsste bei privater Kapitaleinfuhr jedes Mal vereinbart werden, ob die internationale Klausel gelten solle oder nicht. Ein ansehnlicher Zinsunterschied zwischen dem Gelde mit und dem ohne Klausel dürfte sich von selbst herausbilden.

Gegen eine solche Ordnung des Geldwesens wird gewiss der Einwand erhoben werden, sie könne zu schweren Verstössen gegen die private Freizügigkeit führen. Da dieser Vorwurf ohne Zweifel erhoben werden wird, so ist es angebracht, wenn wir uns von Anbeginn damit beschäftigen. Wir bekennen uns dabei zu der Ansicht, dass ein solcher Eingriff allerdings sehr unerwünscht wäre und sind daher froh, dass er im normalen Wirtschaftsleben gar nicht Gestalt annehmen wird. In ausserordentlichen Zeiten allerdings wie der gegenwärtigen, kann bei den betroffenen Staaten ein Ausnahmezustand Platz greifen, der aber wohl weit von der Einengung entfernt sein wird, wie sie in der Gegenwart auf der Wirtschaft vieler Staaten lastet.

Prüfen wir zuerst die Bestimmung, dass alle Geldversprechen in der Überwährung anzumelden sind. Einer eingehenden Darstellung einzelner Geschäftsfälle bedarf es dazu keineswegs: der Privatmann oder Unternehmer beauftragt seine Bank, eine Überweisung ins Ausland zu machen und heisst sie, die Anmeldung beim Geldamt zu besorgen. Desgleichen kann er seine Bank mit der Anmeldung beauftragen, wenn er im Ausland eine Verpflichtung eingeht, die später fällig wird, wobei er den Verfall nennt, oder wenn er eine später fällige bzw. kündbare Forderung ausser Landes erwirbt. Es steht ihm übrigens frei, der Anmeldepflicht

beim Geldamt selbst zu genügen. Die Banken reichen je Ende Monats dem Geldamt eine Zahlenreihe ein, worin alle Ein- und Ausgänge, sowie neuerstandene, später fällige Forderungen und Verpflichtungen in internationalem Geld für jede Gattung im Gesamtbetrag, enthalten sind. Ablösungen bereits früher angemeldeter Geschäftsfälle wären natürlich als solche zu bezeichnen. Da nur Gesamtsummen genannt werden, wobei sowohl eigene als Kundengeschäfte vermengt sind, so ist eine Lüftung des Geschäftsgeheimnisses ausgeschlossen.

Beschäftigen wir uns nun mit den staatlichen Massnahmen, die möglicherweise notwendig werden und prüfen wir sie auf ihre «Gefährlichkeit» hin. Der moderne Staat befindet sich in der Lage eines Mannes, dessen Haushalt einen Umfang angenommen, dass er die Übersicht über seine Geldein- und Ausgänge verloren hätte. Wir denken dabei keineswegs an den Staatshaushalt, sondern an die Buchführung der Volksgemeinschaft überhaupt in ihrem Verkehr mit dem Ausland. Es ist uns ja wohl bekannt, wie ungewiss die Grundlagen der Zahlungsbilanzen aller Staaten heute noch sind und wie leicht es sich deshalb ereignen kann, dass ein Volk im Wahn einer sogenannten «aktiven» Zahlungsbilanz lebt, während tatsächlich mehr Geld ans Ausland abfliesst als hereinkommt. Diese fatale Verkennung, scheint uns, hat Englands Währung mit zu Fall gebracht. Man darf dabei nicht vergessen, dass der Kapitalzufluss vom Auslande her — der ja auf die Aktivseite zu stehen kommt — eigentlich ein sehr bedingter Aktivposten ist. Zum einen Teil gebiert er einen ständigen Passivposten in Form von Zinszahlungen, zum andern muss doch stets mit der Rückgabe solchen Geldes gerechnet werden. Somit kann der Zugang solcher Kapitalien nur so lange erwünscht sein, als sie, selbstredend, eine dem Lande günstige wirtschaftliche Verwendung finden, die mehr als die zu entrichtenden Zinsen ausmachen, und ferner aber auch als die Geldlage des Landes eine störungslose Rückzahlung gestattet.

Unserer Überzeugung nach hat dieser typische Zustand unseres Zeitalters einen bestimmenden Einfluss auf das Währungsproblem. Wir halten als erwiesen, dass die Wissenschaft nach langem Suchen das Problem der Wertbeständigkeit des Geldes mit der Goldwährung theoretisch gelöst hat. Es würde sich nun noch darum handeln, das theoretisch Richtige immer wieder in die praktische Wirtschaft des Zeitlaufs einzuordnen. Zu diesem Zweck scheint es uns selbstverständlich, dass ein Volk von seiner Währung nicht mehr erwarten darf, als sie zu geben vermag. Verbraucht ein Land mehr, als es erwirbt, so lebt es eben über seine Verhältnisse; die Landeswährung erleidet dann wohl die Folgen davon, aber sie vermag sich der Ursachen nichts. Folglich muss sich doch jedes Volk fortlaufend Gewissheit über seine tatsächliche Lebenshaltung verschaffen und vorausschauend den Verbrauch dem Erwerb anpassen. Es ist also nötig, dass es sich die Möglichkeit solcher Erkenntnis schafft und dafür scheint uns der einzige Weg die volle Kenntnis des Zahlungsverkehrs nach Aussen zu sein.

Staatliche Massnahmen würden also allemal dann notwendig werden, wenn die Voraussicht für eine dauernd ungünstige Zahlungsbilanz entsteht. Welcher Art diese Massnahmen wären, das würde sich aus dem Wirtschaftsgefüge jedes Staates ergeben. Können die Bewegungen der Zahlungsbilanz vorausschauend überblickt werden, dürfte es auch möglich sein, einer ungünstigen Entwicklung

frühzeitig, mit einfachen Vorkehrungen, entgegenzuwirken. Genügen diese nicht, so brauchen sie doch nur nach und nach bei schonender Behandlung der Geschäftstätigkeit verstärkt zu werden; damit würde auch Zeit für die Anpassung des Wirtschaftslebens gewonnen. Ob es notwendig würde, auch die Kapitalbewegungen der staatlichen Aufsicht zu unterstellen, ist eine Frage, die in jedem Lande für sich zu lösen wäre. In Ländern mit Kapitalüberfluss würden Massnahmen nach dieser Seite erst zu allerletzt angebracht sein, während geldarme Staaten vielleicht in erster Linie an die Kapitalbewegungen denken müssten.

Viele Staaten waren in der letzten Zeit genötigt, die Wirtschafts- und Geldfreiheit einzudämmen. Allemal war zu beobachten, dass die Eingriffe erst in höchster Not erfolgten, dann aber sogleich eine unerhörte Schärfe annahmen. Die Folge davon waren schwerste Störungen, ein Beweis dafür, dass die Massnahmen von der Entwicklung bereits überholt waren. Neue Bindungen waren fast immer unerlässlich, bis es zu einer förmlichen Verstaatlichung der ganzen Wirtschaft kam. Was das bedeutet, lehrt uns die Gegenwart.

Dass die Kapitalbewegungen in geldbedürftigen Ländern der Beaufsichtigung bedürfen, dafür scheinen uns die jüngsten Ereignisse in Deutschland und in einigen Staaten Osteuropas den beredten Beweis abzulegen. Schon lange wissen wir in der Schweiz, wie grosse Vermögenswerte die Angehörigen jener Staaten im Ausland unterbringen. Da wenig Vertrauen in die eigene Währung oder in die politischen Verhältnisse bestand, so war es das Bestreben vieler Begüterter, ihr Geld auswärts in Sicherheit zu bringen. Bei jeder neuen Gefährdung konnten wir im Laufe der letzten Jahre ein Anschwellen dieses Kapitalstromes beobachten.

Diese Bewegung hat zu einem merkwürdigen Zustand geführt. Kapitalgewinn, der durch Unternehmertätigkeit in jenen Ländern erworben wurde, kam der eigenen, dringend bedürftigen Geldwirtschaft vielfach nicht zugute, sondern wanderte zu Sicherungszwecken ins Ausland. Dieser dauernde Geldentzug der Volksangehörigen musste durch einen ständigen Kapitalzuzug aus dem Auslande wett gemacht werden. Gerade jene Kreise, die ihren Unternehmergewinn wertbeständig in die Fremde schoben, traten in der Heimat als Kapitalnehmer für den Betrieb eben dieser Unternehmen auf. Auf der einen Seite also Geldabfluss aus einer bedürftigen Wirtschaft, auf der andern verteuertem Wiederzuzug des gleichen Geldes durch fremde Kreditgeber; ein Zustand, wie er ungesunder kaum gedacht werden kann.

Doch damit nicht genug. Schon allein ein Versiegen des Zuströmens ausländischen Kreditgeldes hätte bei dieser Sachlage notgedrungen zum Niedergang geführt; gar ein Rückzug dieser Kapitalien musste offenkundigerweise das Verhängnis bringen. Dieses Ereignis trat ein. Es musste staatlichen Zwangsmassnahmen rufen. Zuerst wurde die Geldabwanderung abgeschnitten und dann die gesetzliche Anmeldepflicht für Guthaben im Ausland eingeführt. Diese zweite Massnahme zwang den Kapitalflüchtigen vor die heikle Wahl, entweder den Landesgesetzen zu gehorchen — dann war der Zweck, den er mit der Geldflucht verfolgte, vereitelt, ja ins Gegenteil umgewandelt, hatte er ja damit den gefürchteten Zusammenbruch des Geldwesens seines Landes selber gefördert — oder nicht zu gehorchen — dann fiel er den Strafgesetzen anheim oder musste als vorläufig

unerkannter Schuldiger weiterleben. Der Kapitalflüchtige war also ein Nutzniesser am eigenen Vaterland, das er obendrein schädigte — und letzten Endes sich selbst nicht weniger.

Hatten etwa die ausländischen Borgerbanken den Nutzen davon? Keineswegs, jedenfalls nicht zuguterletzt. Sie erhielten die Fluchtgelder und liehen sie wieder ins Ursprungsland aus. Heute sitzen sie nun dort fest und für die Banken besteht zudem die Gefahr, dass die ihnen anvertrauten weiter geliehenen Gelder plötzlich von den Einlegern zurückgefordert werden. An dieser Stelle ist es am Platze, einen Vorwurf, der den Banken heute gemacht wird, auf seine Berechtigung zu untersuchen. Diesen Banken wird es jetzt als Fehler angekreidet, dass sie den Kreditgesuchen geldarmer Länder Gehör schenkten. Dabei erinnern sich die guten Kritiker der Verhältnisse von damals nicht im mindesten mehr. Sie vergessen den Pressefeldzug, der geführt wurde unter der Losung: «Kapitalstarke Länder dürfen das Geld nicht hüten, sie müssen es den geldarmen Staaten leihen, deren Wirtschaft betriebsfähig machen, so wird sie kaufkräftig und dadurch die ganze Weltwirtschaft angeregt». Sogar aus den Völkerbundskreisen wurde dieser Ruf gefördert und bis zu einem wahren Druck gesteigert.

Zusammenfassend dürfen wir die Ansicht äussern, dass wir es hier mit einer neugearteten Wirkung des Gemeinschaftslebens der Völker zu tun haben, deren Ansätze wohl bis in die Vorkriegszeit zurückgehen, deren Entfaltung jedoch mit der seither so mächtig gesteigerten Internationalität erst eigentlich Gestalt gewann. Wäre die ganze Welt ein einziger Währungsbezirk, so würde das Geldwesen ob dieser Internationalität keinen Schaden nehmen. Da aber die Welt in Länder zerfällt und jedes von ihnen seinen eigenen Haushalt hat, so ist die jetzige Ordnung gar nicht anders denkbar. Diese Ordnung ist aber gegenwärtig einseitig gestört, weil, wie wir uns zu beweisen bemühten, eine unkontrollierte, internationale Freizügigkeit im Kapitalwanderungsprozess bis zum kleinsten Sparer hinab mit den Notwendigkeiten der Währungswertbeständigkeit unvereinbar ist oder jedenfalls jederzeit werden kann. Diesen Gefahren zu wehren, glauben wir, bestehe kein anderes Mittel, als dass jedes Land für seinen Geldverkehr ausser Landes einen internationalen, allgemein gesetzlich anerkannten Wertnenner benützt und die Bewegungen in diesem Geld genau verfolgt, ebenso wie jeder Staat das Hoheitsrecht über das nationale Geld ausübt.